



Standard Eurobarometer 77 Frühling 2012

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPAÏSCHEN UNION

ERSTE ERGEBNISSE

Befragung: Mai 2012

Veröffentlichung: Juli 2012

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 77 / Frühling 2012 – TNS Opinion & Social

Standard-Eurobarometer 77
Frühling 2012

Erste Ergebnisse

Studie durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der
Generaldirektion Kommunikation
der Europäischen Kommission

Koordiniert von der Generaldirektion Kommunikation der
Europäischen Kommission
(DG COMM „Forschung und Verfassen von Reden“)

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG.....	2
I. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	5
1. Einschätzung der gegenwärtigen Lage: allgemeine und persönliche Aspekte.....	5
2. Die aktuelle wirtschaftliche Lage auf nationaler Ebene: Trend.....	6
3. Die aktuelle wirtschaftliche Lage auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse	7
II. DIE WICHTIGSTEN SORGEN DER EU-BÜRGER	8
1. Die wichtigsten Sorgen auf nationaler Ebene	8
2. Die wichtigsten Sorgen auf nationaler Ebene: nationale Ergebnisse	9
3. Die wichtigsten Sorgen auf persönlicher Ebene	10
4. Die wichtigsten Sorgen auf europäischer Ebene: Entwicklungen	11
5. Erwartungen an die nächsten zwölf Monate: allgemeine und persönliche Aspekte	12
III. DIE EU-BÜRGER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN	13
1. Vertrauen in die nationalen Regierungen, die nationalen Parlamente und die Europäische Union: Trend	13
2. Das Image der EU: Trend	14
IV. DIE KRISE	15
1. Unterstützung für eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Einheitswährung, dem Euro: Trend.....	15
2. Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt: Trend	16
3. Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt: nationale Ergebnisse und Entwicklungen ...	17
4. Die Auswirkungen der Krise auf die Europäische Union	19
5. Auf welcher Ebene kann die Krise am wirksamsten bekämpft werden?	20
V. EUROPA 2020.....	21
1. Die Bedeutung, die den Initiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020 beigemessen wird	21
2. Die Ziele von Europa 2020	22
3. Gesamteindruck.....	23
FAZIT	24

ANHANG

Technische Spezifikationen

EINLEITUNG

In diesem Bericht werden die ersten Ergebnisse der Befragungswelle 77 des Standard-Eurobarometer vorgestellt, die zwischen dem 12. und 27. Mai 2012 in 34 Ländern bzw. Gebieten durchgeführt wurde: den 27 EU-Mitgliedstaaten, den sechs Beitrittskandidaten (Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, Island, Montenegro und Serbien) sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in jenem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

Der vorliegende Bericht „Erste Ergebnisse“ enthält eine Auswahl an Grafiken, anhand derer Fragen zu verschiedenen Aspekten der Wirtschaft und politischen Situation in Europa veranschaulicht werden. Dieser Bericht wird zusammen mit den im Anhang aufgeführten Ergebnissen der Standard-Eurobarometer-Fragen veröffentlicht.

In der letzten Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2011 (EB76) musste eine deutliche Verschlechterung der öffentlichen Wahrnehmung in Bezug auf verschiedene ökonomische Indikatoren verzeichnet werden, insbesondere bezüglich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation in Europa und der wirtschaftlichen Perspektiven auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Die Umfrage ergab darüber hinaus eine Verschlechterung der Indikatoren zur Bewertung der Unterstützung der Europäischen Union.

Die im Februar 2012 – kurz vor Durchführung der Frühjahrsumfrage 2012 – von der Europäischen Kommission veröffentlichten wirtschaftlichen Zwischenprognosen für das Frühjahr 2012 deuteten auf eine Stagnation der Wirtschaft in der EU insgesamt und auf eine leichte Rezession im Euroraum hin. Für die zweite Jahreshälfte 2012 wurde jedoch eine Rückkehr zu moderatem Wachstum prognostiziert.

Die Wochen im Vorfeld der Umfrage waren von einer Reihe wichtiger politischer Ereignisse geprägt: Nach den Parlamentswahlen in Griechenland vom 6. Mai 2012 konnte keine Mehrheitsregierung gefunden werden, weshalb die griechischen Wähler am 17. Juni 2012 erneut zu den Wahlurnen gerufen wurden. Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich wurde François Hollande zum ersten sozialistischen Staatspräsidenten seit François Mitterrand (Präsident von 1981 bis 1995) gewählt. Einige Wochen zuvor hatte die linksgerichtete Smer-Partei (wörtlich *Richtung – Sozialdemokratie*) die Parlamentswahlen in der Slowakei gewonnen. Während der Feldzeit der Studie fand im US-amerikanischen Camp David der G8-Gipfel statt. In der verabschiedeten Absichtserklärung betonten die Teilnehmerstaaten die Notwendigkeit der Förderung von Wachstum und Beschäftigung. In den Wochen unmittelbar nach Abschluss der Studie waren weitere politische Ereignisse von großer Bedeutung für die EU geplant: die Parlamentswahlen in Griechenland und Frankreich, der G20-Gipfel in Los Cabos, Mexiko, und das Treffen des Europäischen Rates Ende Juni.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Ergebnisse der EU27 Mitgliedstaaten und ist in fünf Hauptteile untergliedert. Gegenstand des ersten Teils ist eine Analyse der Wahrnehmung der Europäer von der wirtschaftlichen Lage. Im zweiten Teil geht es um die wichtigsten Sorgen der Europäer und ihre Erwartungen für die kommenden zwölf Monate. Als nächstes befasst sich der Bericht mit der Meinung der Befragten zu einer Reihe verschiedener politischer Institutionen, namentlich den nationalen Regierungen und Parlamenten sowie der EU und den EU-Institutionen. Der vierte Teil widmet sich dem Euro und den durch die Krise hervorgerufenen Fragen und Problemen. Der fünfte und letzte Teil untersucht die Einstellung der Europäer zu verschiedenen Initiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020 und ob diese der Meinung sind, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt, um die Krise zu bewältigen.

Da diese Fragen bereits in vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Umfragen gestellt wurden, lassen sich eine Reihe von Meinungstrends analysieren.

Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	LU	Luxemburg
BG	Bulgarien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
IE	Irland	SI	Slowenien
IT	Italien	SK	Slowakei
CY	Republik Zypern***	FI	Finnland
LT	Litauen	SE	Schweden
		UK	Vereinigtes Königreich
TCC	Türkisch-zyprische Gemeinschaft		
HR	Kroatien	EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
TR	Türkei		
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien****	EU15	BE, IT, FR, DE, LU, NL, DK, UK, IE, PT, ES, EL, AT, SE, FI*
IS	Island	NMS12	BG, CZ, EE, CY, LT, LV, MT, HU, PL, RO, SL, SK**
ME	Montenegro	EUROZONE	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK
RS	Serbien	NICHT-EUROZONE	BG, CZ, DK, LV, LT, HU, PL, RO, SE, UK

* EU15 bezieht sich auf die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor den Erweiterungen 2004 und 2007.

** NMS12 bezeichnet die 12 „neuen Mitgliedstaaten“, die der Europäischen Union im Zuge der Erweiterungen 2004 und 2007 beigetreten sind.

*** Zypern als Ganzes ist einer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung Zypern kontrolliert wird, ist der gemeinschaftliche Besitzstand („acquis communautaire“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem Teil des Landes durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, werden in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: *Türkisch Cyriot Community, Türkisch-Zyprische Gemeinschaft*] ausgewiesen.

**** Vorläufige Abkürzung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

* * * * *

Wir möchten allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen.

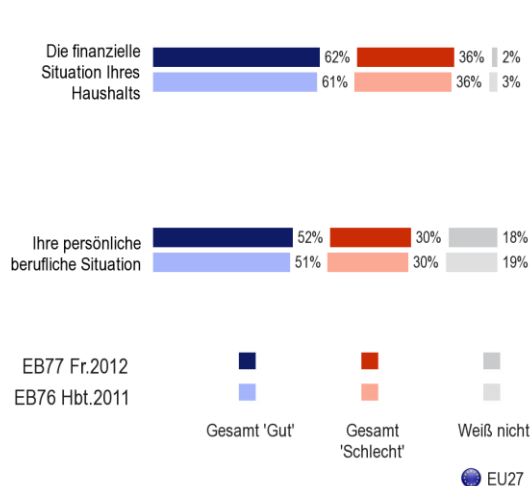
Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

I. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

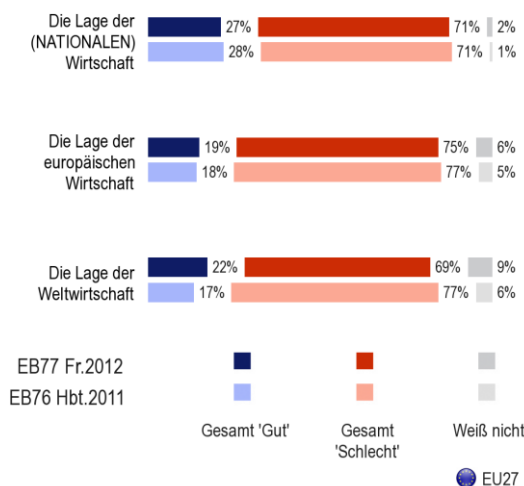
1. EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN LAGE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

Die Einschätzung der finanziellen Situation des eigenen Haushalts (+1 Prozentpunkt) sowie der persönlichen beruflichen Situation (+1) durch die Umfrageteilnehmer ist im Vergleich zur letzten Umfrage vom Herbst 2011 nahezu unverändert. Gleiches gilt für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage auf nationaler (-1) und europäischer Ebene (-1), während die Lage der Weltwirtschaft deutlich besser eingeschätzt wird (+5).

QA4a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

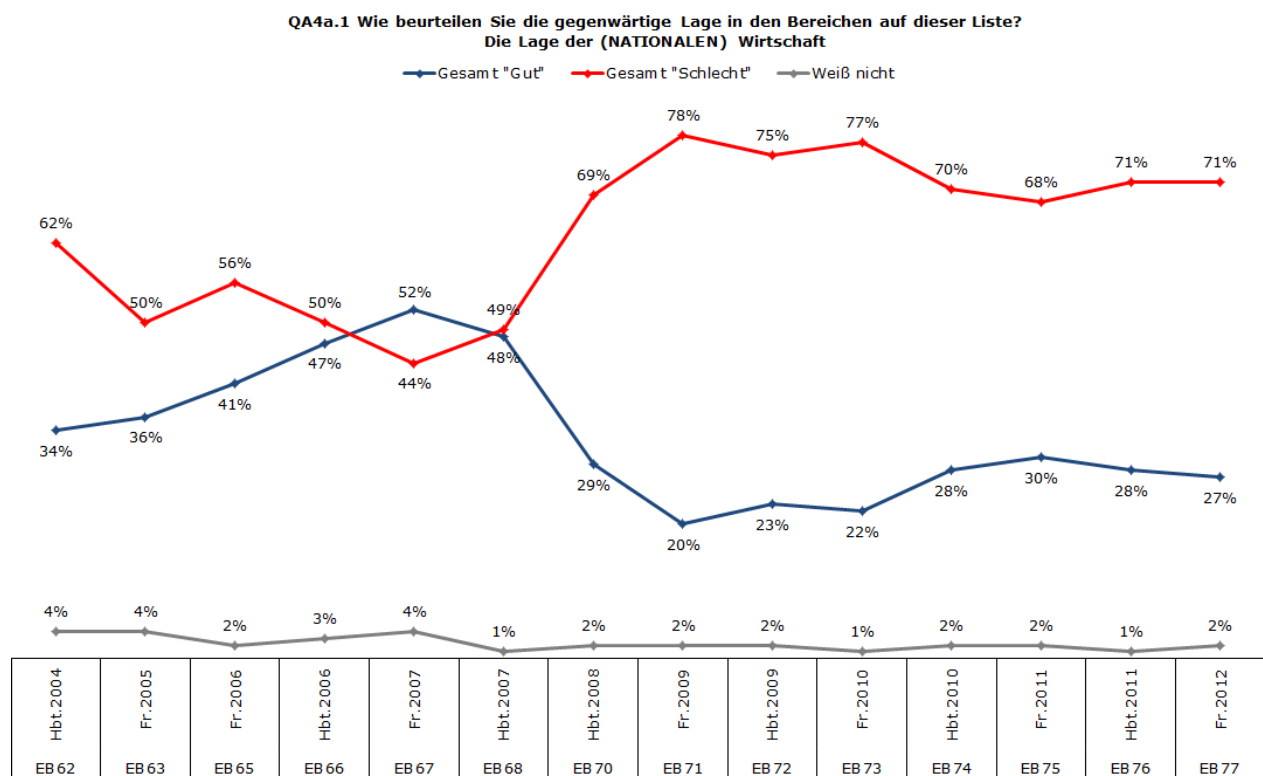


QA4a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?



2. DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: TREND

Die Wahrnehmung der nationalen Wirtschaftslage ist seit Herbst 2010 (EB74) weitgehend unverändert. Insgesamt haben seit Herbst 2008 (EB70) zum achten Mal in Folge mehr als zwei Drittel der Europäer angegeben, dass sie die Lage ihrer nationalen Wirtschaft als ziemlich oder sehr schlecht beurteilen. In diesem Zusammenhang ist jedoch festzuhalten, dass der Anteil derjenigen, die eine negative Wahrnehmung von der nationalen Wirtschaftssituation haben (71%), im Vergleich zum Frühjahr 2009 (78%) um sieben Prozent gesunken ist. Die Zahlen stellen den gewichteten Durchschnitt der aggregierten EU-weiten Ergebnisse in den 27 Mitgliedstaaten dar.

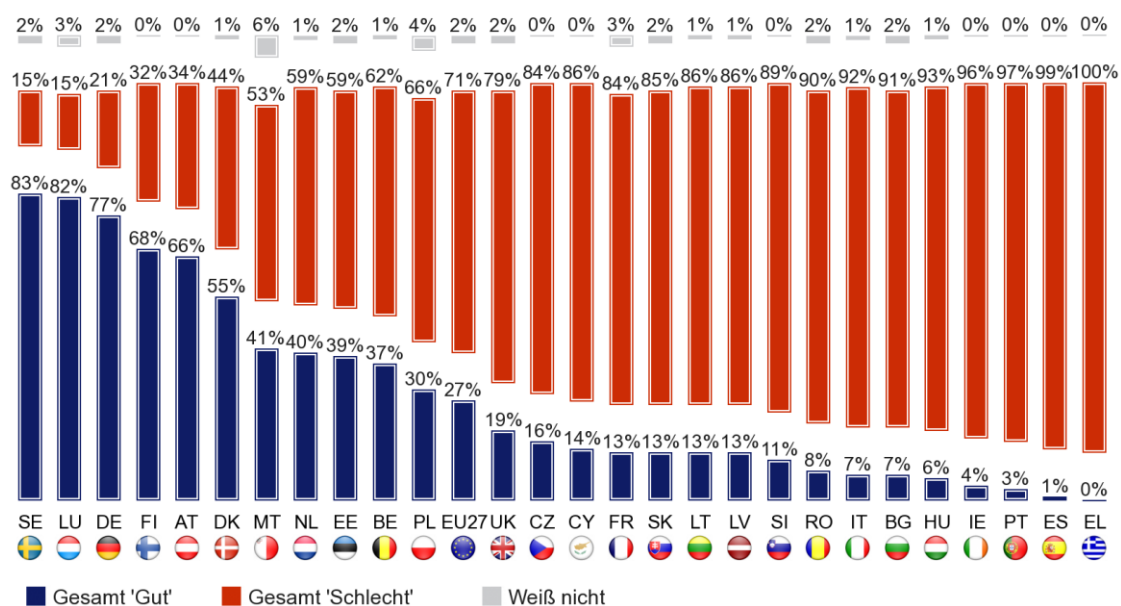


3. DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

Innerhalb der Europäischen Union sind signifikante Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verzeichnen: Diese äußern sich in einer Differenz von mehr als 80 Prozentpunkten zwischen den Mitgliedstaaten, in denen eine positive öffentliche Wahrnehmung von der wirtschaftlichen Lage im eigenen Land vorherrscht, und den Ländern, in denen die diesbezügliche öffentliche Wahrnehmung extrem negativ ist. In Schweden, Luxemburg und Deutschland sind mehr als drei Viertel der Befragten der Ansicht, dass die Lage der nationalen Wirtschaft gut sei. Im Gegensatz dazu stimmen dieser Meinung weniger als 5% der Befragten in Irland, Portugal, Spanien und Griechenland zu.

QA4a.1. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft

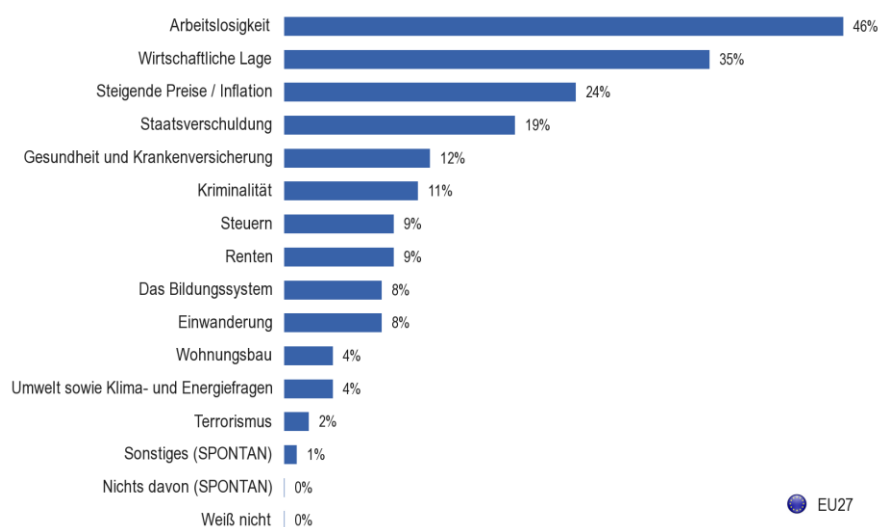


II. DIE WICHTIGSTEN SORGEN DER EU-BÜRGER

1. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF NATIONALER EBENE

Die vier größten Sorgen der Europäer auf nationaler Ebene sind allesamt wirtschaftlicher Natur: Die größte Sorge bereitet die Arbeitslosigkeit (46%), gefolgt von der wirtschaftlichen Lage, die von über einem Drittel der EU-Bürger genannt wird (35%), und steigenden Preisen (24%). An vierter Stelle der größten Sorgen steht die Staatsverschuldung, die von etwas weniger als jedem fünften Europäer (19%) als eines der beiden wichtigsten Probleme im Land genannt wird und damit noch weit vor sozialen und gesellschaftlichen Themen rangiert.

QA7a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?



2. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

Die Analyse der Ergebnisse auf nationaler Ebene bestätigt die Dominanz wirtschaftlicher Probleme in allen Mitgliedstaaten. Die Arbeitslosigkeit ist in 17 Mitgliedstaaten die am häufigsten genannte Sorge, allen voran in Spanien (76%), Portugal (68%), Schweden (63%) und Irland (62%). In sechs Mitgliedstaaten ist die wirtschaftliche Lage die erstgenannte Antwort, namentlich in Griechenland (66%), den Niederlanden (56%), Slowenien (55%), Rumänien (45%), der Tschechischen Republik (39%) und Belgien (27%). Die steigenden Preise werden in Estland (51%), auf Malta (42%) und in Österreich (37%) als das wichtigste Problem angesehen. In Deutschland bereitet die Staatsverschuldung den Befragten die größte Sorge (37%). Dies ist auch in den Niederlanden (28%) und Österreich (27%) eine weitverbreitete Sorge und die am dritthäufigsten genannte Antwort.

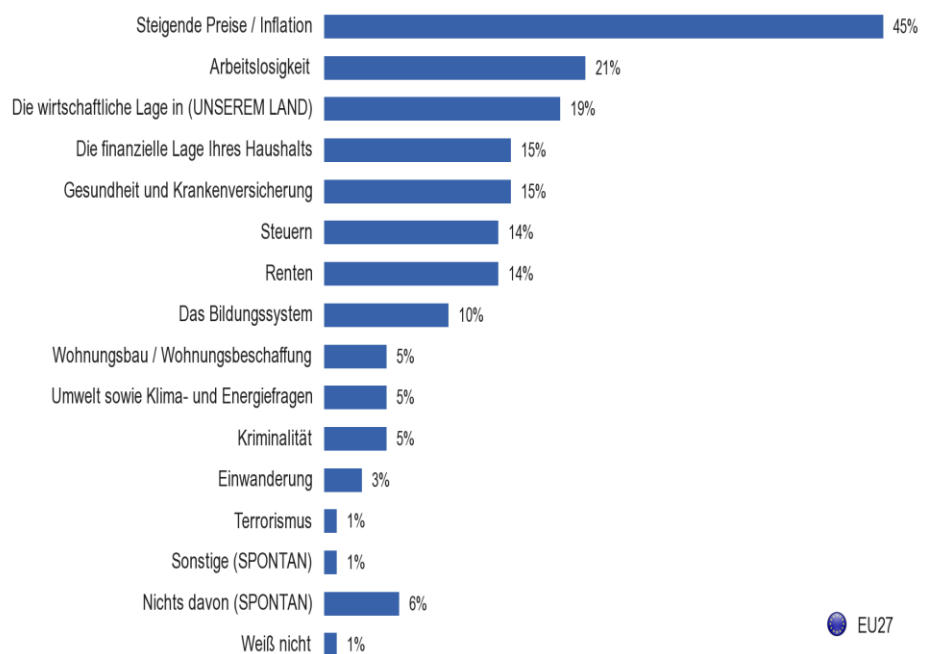
QA7a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? - Die drei höchsten Nennungen

	EU27		IE		LT		PT
Arbeitslosigkeit	46%	Arbeitslosigkeit	62%	Arbeitslosigkeit	46%	Arbeitslosigkeit	68%
Wirtschaftliche Lage	35%	Wirtschaftliche Lage	55%	Steigende Preise / Inflation	45%	Wirtschaftliche Lage	37%
Steigende Preise / Inflation	24%	Staatsverschuldung	22%	Wirtschaftliche Lage	33%	Steigende Preise / Inflation	25%
	BE		EL		LU		RO
Wirtschaftliche Lage	27%	Wirtschaftliche Lage	66%	Arbeitslosigkeit	38%	Wirtschaftliche Lage	45%
Arbeitslosigkeit	26%	Arbeitslosigkeit	57%	Wohnungsbau	36%	Arbeitslosigkeit	33%
Steigende Preise / Inflation	24%	Staatsverschuldung	20%	Steigende Preise / Inflation	23%	Steigende Preise / Inflation	33%
	BG		ES		HU		SI
Arbeitslosigkeit	58%	Arbeitslosigkeit	76%	Arbeitslosigkeit	57%	Wirtschaftliche Lage	55%
Wirtschaftliche Lage	45%	Wirtschaftliche Lage	61%	Wirtschaftliche Lage	43%	Arbeitslosigkeit	53%
Steigende Preise / Inflation	28%	Staatsverschuldung	11%	Steigende Preise / Inflation	28%	Staatsverschuldung	28%
		Gesundheit und Krankenversicherung	11%				
	CZ		FR		MT		SK
Wirtschaftliche Lage	39%	Arbeitslosigkeit	55%	Steigende Preise / Inflation	42%	Arbeitslosigkeit	51%
Steigende Preise / Inflation	37%	Wirtschaftliche Lage	29%	Wirtschaftliche Lage	32%	Wirtschaftliche Lage	38%
Arbeitslosigkeit	31%	Staatsverschuldung	24%	Staatsverschuldung	26%	Steigende Preise / Inflation	36%
	DK		IT		NL		FI
Arbeitslosigkeit	51%	Arbeitslosigkeit	49%	Wirtschaftliche Lage	56%	Arbeitslosigkeit	38%
Wirtschaftliche Lage	48%	Wirtschaftliche Lage	42%	Gesundheit und Krankenversicherung	30%	Gesundheit und Krankenversicherung	33%
Kriminalität	16%	Steuern	29%	Staatsverschuldung	28%	Wirtschaftliche Lage	24%
Das Bildungssystem	16%						
	DE		CY		AT		SE
Staatsverschuldung	37%	Arbeitslosigkeit	64%	Steigende Preise / Inflation	37%	Arbeitslosigkeit	63%
Steigende Preise / Inflation	30%	Wirtschaftliche Lage	58%	Wirtschaftliche Lage	35%	Gesundheit und Krankenversicherung	31%
Das Bildungssystem	21%	Kriminalität	20%	Staatsverschuldung	27%	Das Bildungssystem	25%
	EE		LV		PL		UK
Steigende Preise / Inflation	51%	Arbeitslosigkeit	53%	Arbeitslosigkeit	58%	Arbeitslosigkeit	48%
Arbeitslosigkeit	47%	Wirtschaftliche Lage	41%	Steigende Preise / Inflation	44%	Wirtschaftliche Lage	31%
Wirtschaftliche Lage	33%	Steuern	20%	Wirtschaftliche Lage	24%	Einwanderung	21%

3. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF PERSÖNLICHER EBENE

Steigende Preise sind die mit Abstand größte persönliche Sorge der EU-Bürger. Mit 45% rangiert dieses Thema weit vor Arbeitslosigkeit (21%) und der Lage der nationalen Wirtschaft (19%). Alle anderen aufgeführten Probleme wurden nur von 15% oder weniger der Befragten genannt.

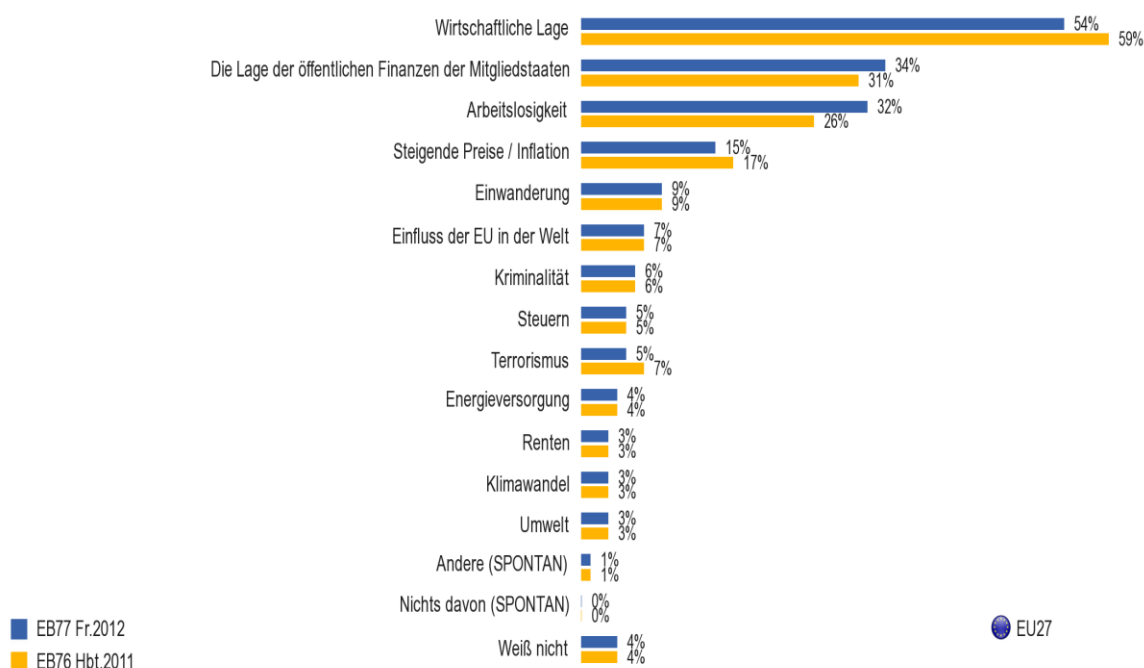
QA8a. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?



4. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE: ENTWICKLUNGEN

Die wirtschaftliche Lage wird nach wie vor als das wichtigste Problem angesehen, dem die EU derzeit gegenübersteht. Insgesamt sehen dies 54% der Befragten als das wichtigste Problem. Allerdings ist diesbezüglich im Vergleich zum Herbst 2011 ein Rückgang um 5 Prozentpunkte zu verzeichnen. Das zweitwichtigste Problem ist aus Sicht der Befragten weiterhin die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten. Insgesamt wird dieses Problem von etwas mehr als einem Drittel der Befragten genannt (34%, +3 Prozentpunkte). Der stärkste Zuwachs seit Herbst 2011 ist beim drittwichtigsten Problem zu verzeichnen, der Arbeitslosigkeit (+6 auf 32%). Die Inflation rangiert auf Platz vier der wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht (15%, -2).

QA9. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

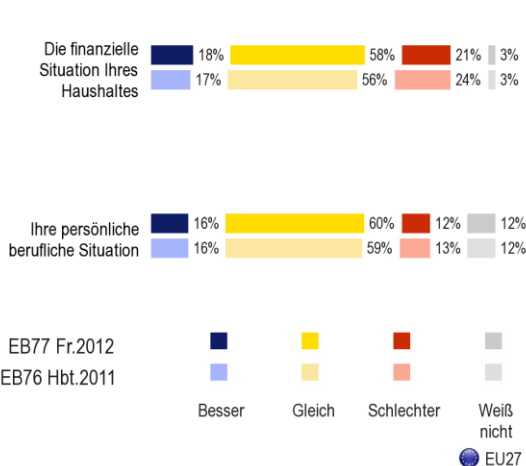


5. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN ZWÖLF MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

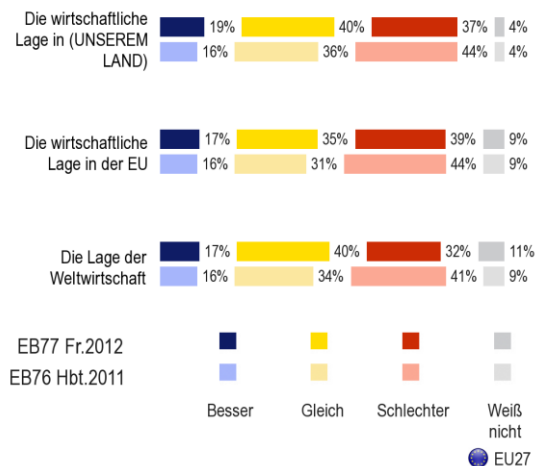
Die Erwartungen der Bürger an die kurzfristigen Perspektiven bezüglich ihrer Haushalts- und Beschäftigungssituation haben sich gegenüber dem Standard-Eurobarometer vom Herbst 2011 (EB76) nur geringfügig geändert. Dies deckt sich mit der Stabilität der Ergebnisse, die hinsichtlich der Wahrnehmung der EU-Bürger von ihrer persönlichen Situation beobachtet werden konnte. Die aggregierten Ergebnisse der 27 Mitgliedstaaten zeigen, dass rund drei Viertel der EU-Bürger davon ausgehen, dass die kommenden zwölf Monate gleich oder besser sein werden.

Obwohl die wirtschaftlichen Erwartungen an die nächsten zwölf Monate noch immer ziemlich pessimistisch sind, ist diesbezüglich ein nennenswerter Positivtrend seit Herbst 2011 zu verzeichnen: Der Anteil der EU-Bürger, die diesbezüglich eine Verschlimmerung der Situation befürchten, ist nicht nur in Bezug auf die nationale Ebene gesunken (37%, -7 Prozentpunkte), sondern auch im Hinblick auf die europäische (39%, -5) und globale Ebene (32%, -9).

QA5a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



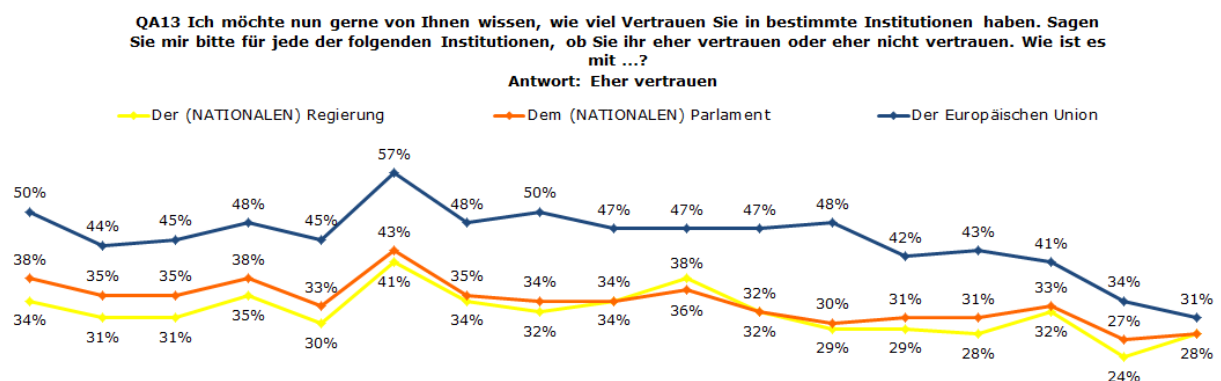
QA5a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



III. DIE EU-BÜRGER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN

1. VERTRAUEN IN DIE NATIONALEN REGIERUNGEN, DIE NATIONALEN PARLAMENTE UND DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND

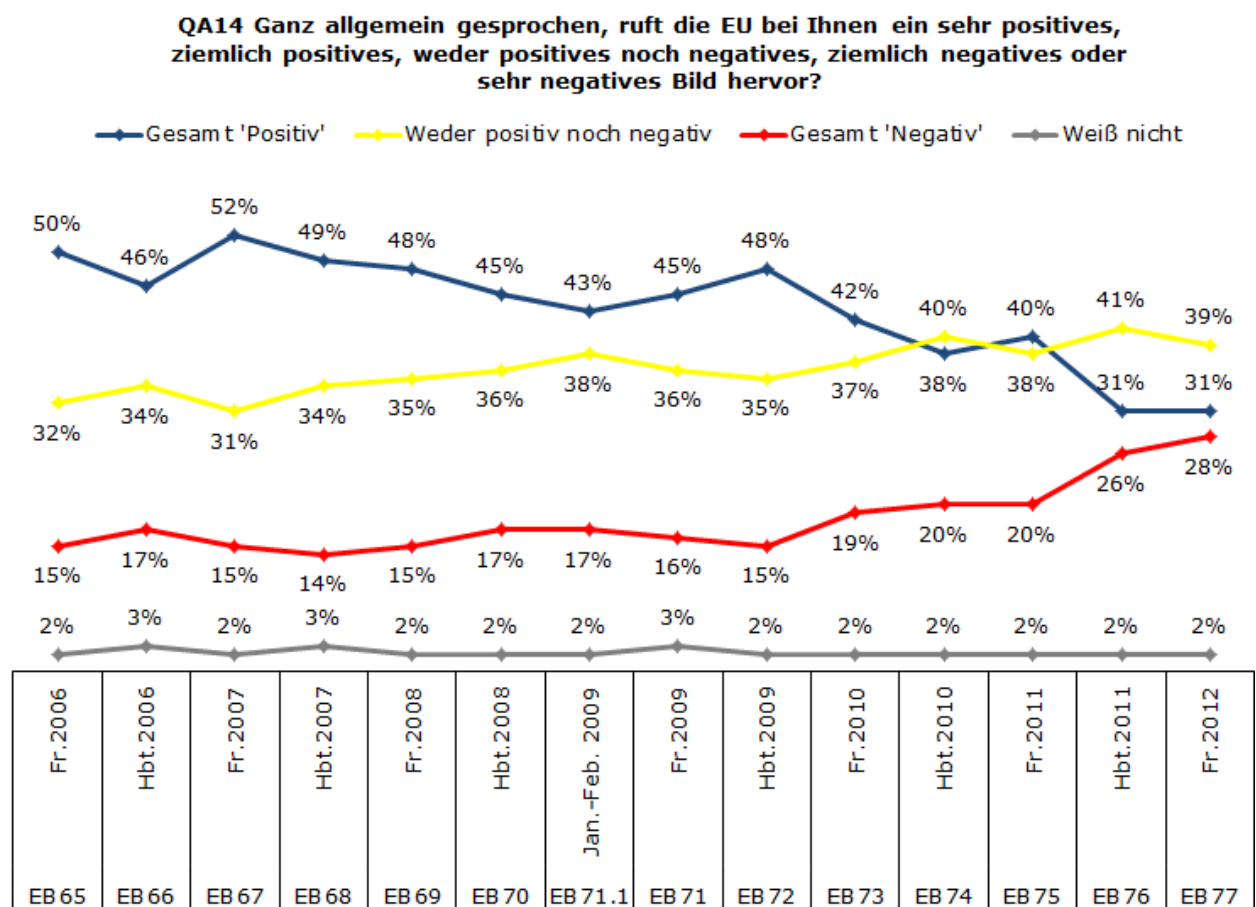
Das Vertrauen in die Europäische Union ist seit Herbst 2011 gesunken und hat einen historischen Tiefststand erreicht (31%, -3 Prozentpunkte). Zeitgleich ist das Vertrauen in die nationalen Regierungen und Parlamente wieder etwas gestiegen (28%, +4 bzw. 28%, +1). Infolge dieser Entwicklung ist nur noch eine sehr geringe Kluft zwischen dem Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen und dem Vertrauen in die Europäische Union zu verzeichnen.



Hbt. 2004	Fr. 2005	Hbt. 2005	Fr. 2006	Hbt. 2006	Fr. 2007	Hbt. 2007	Fr. 2008	Hbt. 2008	Jan.-Feb. 2009	Fr. 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010	Hbt. 2010	Fr. 2011	Hbt. 2011	Fr. 2012
EB 62	EB 63	EB 64	EB 65	EB 66	EB 67	EB 68	EB 69	EB 70	EB 71.1	EB 71	EB 72	EB 73	EB 74	EB 75	EB 76	EB 77

2. DAS IMAGE DER EU: TREND

Nachdem im Herbst 2011 ein starker Rückgang des Anteils der EU-Bürger zu verzeichnen war, bei denen die EU ein positives Bild hervorruft (-9 Prozentpunkte gegenüber dem Frühjahr 2011), liegt dieser Anteil in der aktuellen Befragungswelle unverändert bei 31%. Der Anteil an Befragten, die ein negatives Bild von der EU haben, ist indes leicht gestiegen (28%, +2). Parallel dazu ist der Anteil derjenigen, die weder ein positives noch ein negatives Bild mit der EU verbinden, entsprechend gesunken (39%, -2).

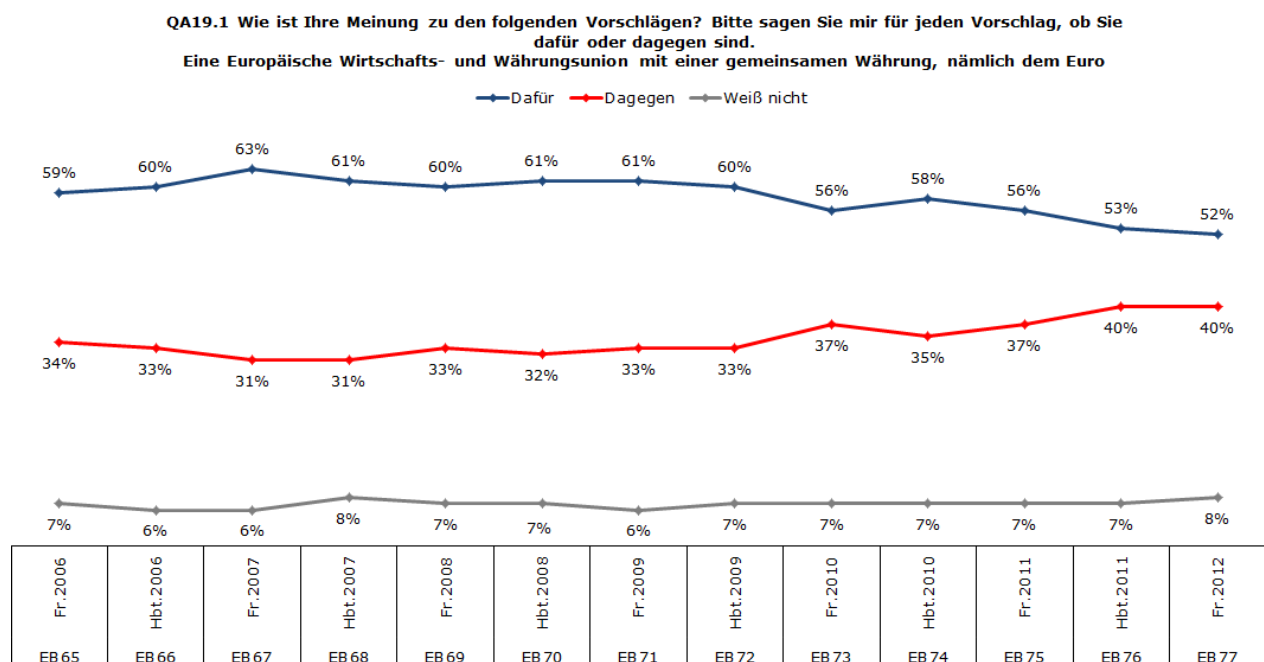


IV. DIE KRISE

1. UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER EINHEITSWÄHRUNG, DEM EURO: TREND

Mehr als die Hälfte der Europäer unterstützt eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Einheitswährung, dem Euro (52%, -1 Prozentpunkt seit Herbst 2011). Wenige Monate nach dem 10. Jahrestag der Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen wird die Einheitswährung von einer Mehrheit der EU-Bürger unterstützt, und die Unterstützung für die Einheitswährung hält sich auf einem stabilen Niveau.

Die in der nachfolgenden Grafik abgebildeten Ergebnisse beziehen sich auf die gesamte Europäische Union. In der Eurozone sprechen sich 63% der Befragten für den Euro aus.

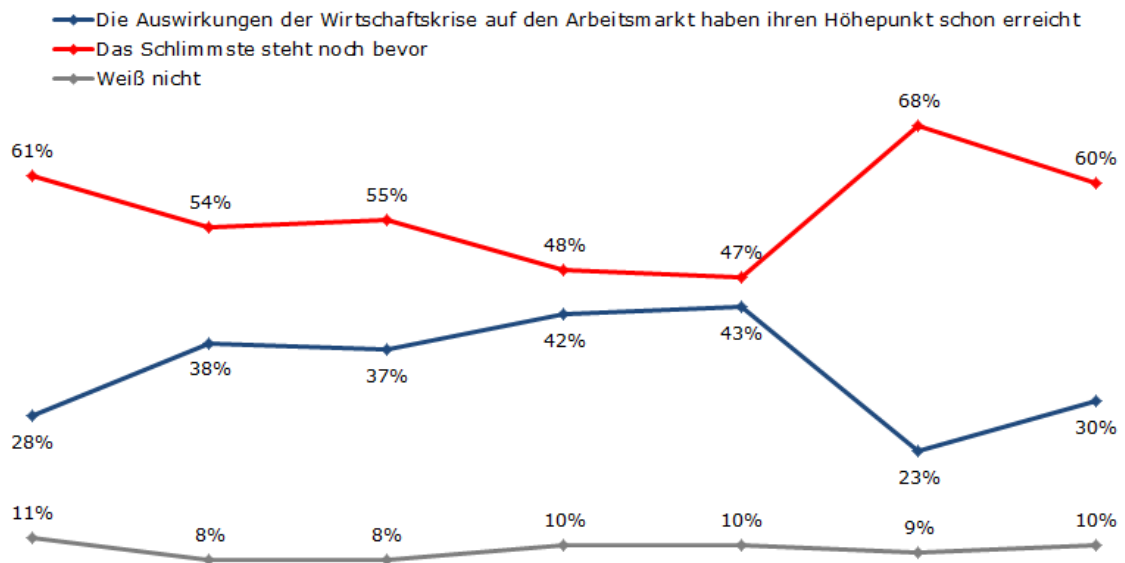


2. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND

Im Herbst 2011 hatte der Anteil der Europäer, die der Ansicht waren, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht hätten, mit einem Rückgang von 20 Prozentpunkten den tiefsten Stand erreicht, der jemals im Rahmen einer Eurobarometer-Umfrage ermittelt wurde (23%). Obwohl die EU-Bürger auch in der Frühjahrsumfrage 2012 überwiegend pessimistisch sind, ist ein deutlicher Zuwachs an Befragten zu verzeichnen, die optimistisch sind. Mit einem Zuwachs von sieben Prozentpunkten sind derzeit 30% der EU-Bürger der Meinung, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben. Allerdings sind nach wie vor 60% der Befragten (-8 Prozentpunkte seit Herbst 2011) der Auffassung, dass „das Schlimmste noch bevorsteht“.

QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht.

Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

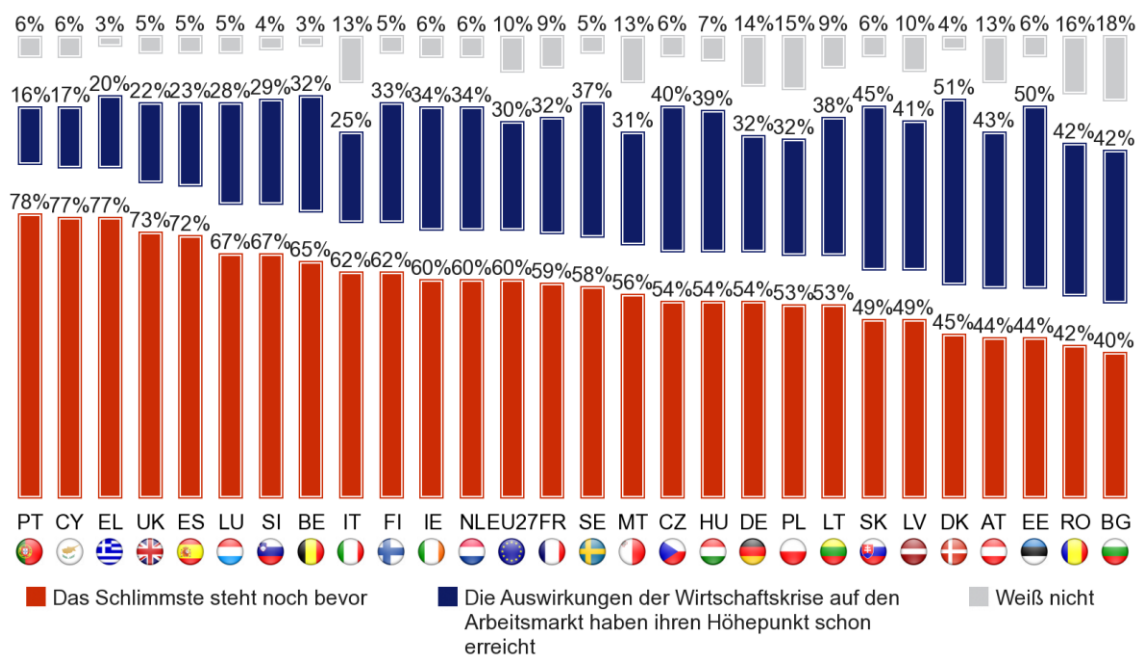


Mal-Juni 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010	Hbt. 2010	Fr. 2011	Hbt. 2011	Fr. 2012
EB 71.2	EB 72	EB 73	EB 74	EB 75	EB 76	EB 77

3. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN





























Die Auffassung, dass die „Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben“, wird nur in drei Ländern von einer Mehrheit der Befragten vertreten: Bulgarien, Estland und Dänemark. In Rumänien sind die Befragten diesbezüglich in zwei gleich große Lager gespalten, während in den anderen 23 Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Ansicht ist, dass das Schlimmste noch bevorsteht. In Portugal, auf Zypern, in Griechenland, im Vereinigten Königreich und in Spanien wird diese Meinung sogar von über 70% der Befragten vertreten.

QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



In 23 Ländern ist der Pessimismus im Vergleich zum Herbst 2011 zurückgegangen. Darin spiegelt sich eine Grundtendenz der öffentlichen Meinung in der EU wider. In fünf Ländern kann ein Rückgang der pessimistischen Einstellungen um mehr als 15 Prozentpunkte festgestellt werden, namentlich in der Slowakei (49%, -22 Punkte), Dänemark (45%, -20), der Tschechischen Republik (54%, -20), Frankreich (59%, -17) und den Niederlanden (60%, -16). Zugenommen oder konstant geblieben ist der Pessimismus hingegen in vier Staaten: Spanien (72%, +2), Bulgarien (40%, +2), Griechenland (77%, +1) und Italien (62%, unverändert).

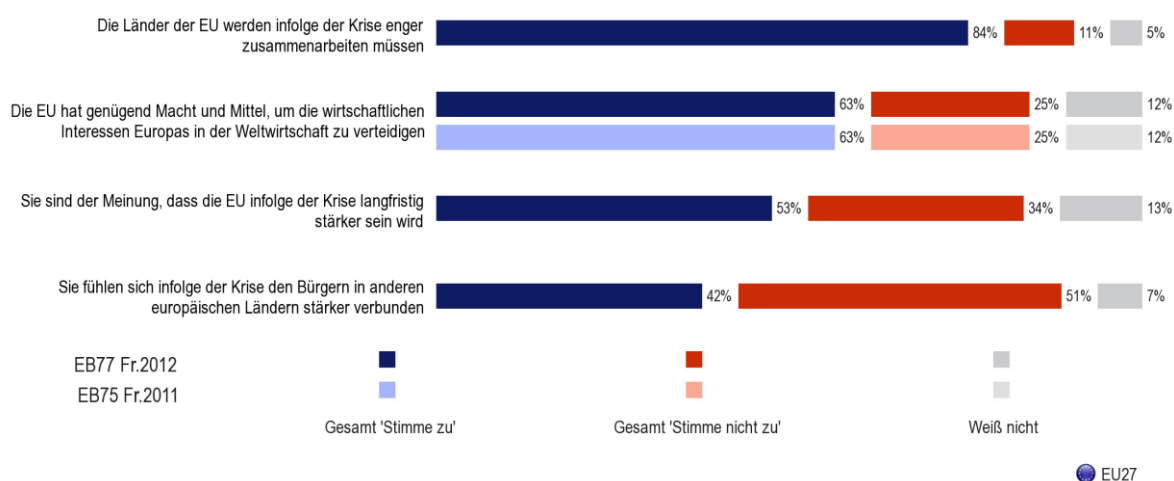
QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

		Das Schlimmste steht noch bevor	Diff. Fr.2012-Hbt.2011	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Diff. Fr.2012-Hbt.2011	Weiß nicht	Diff. Fr.2012-Hbt.2011
	EU27	60%	-8	30%	+7	10%	+1
	Eurozone	61%	-7	29%	+6	10%	+1
	Nicht-Eurozone	58%	-9	32%	+8	10%	+1
	BG	40%	+2	42%	+4	18%	-6
	ES	72%	+2	23%	-2	5%	=
	EL	77%	+1	20%	-1	3%	=
	IT	62%	=	25%	=	13%	=
	CY	77%	-3	17%	+1	6%	+2
	IE	60%	-5	34%	+5	6%	=
	PT	78%	-6	16%	+5	6%	+1
	SI	67%	-6	29%	+7	4%	-1
	UK	73%	-6	22%	+6	5%	=
	DE	54%	-7	32%	+8	14%	-1
	MT	56%	-7	31%	+6	13%	+1
	SE	58%	-7	37%	+5	5%	+2
	LT	53%	-8	38%	+7	9%	+1
	HU	54%	-8	39%	+9	7%	-1
	BE	65%	-9	32%	+9	3%	=
	LV	49%	-9	41%	+6	10%	+3
	AT	44%	-9	43%	+7	13%	+2
	PL	53%	-9	32%	+5	15%	+4
	LU	67%	-10	28%	+10	5%	=
	FI	62%	-10	33%	+10	5%	=
	EE	44%	-11	50%	+10	6%	+1
	RO	42%	-14	42%	+17	16%	-3
	NL	60%	-16	34%	+16	6%	=
	FR	59%	-17	32%	+14	9%	+3
	CZ	54%	-20	40%	+19	6%	+1
	DK	45%	-20	51%	+21	4%	-1
	SK	49%	-22	45%	+20	6%	+2

4. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE EUROPÄISCHE UNION

Wie bereits im Herbst 2011 stimmen etwas weniger als zwei Drittel der EU-Bürger der Aussage zu, dass die Europäische Union genügend Macht und Mittel besitzt, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen (63%, unverändert). Eine große Mehrheit der Europäer ist der Meinung, dass die Länder der EU infolge der Krise enger zusammenarbeiten müssen (84%). Gleichzeitig bekundet jedoch etwas mehr als die Hälfte der Befragten, dass sie sich durch die Krise den Bürgern in anderen Ländern nicht stärker verbunden fühlen (51%). Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten ist der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird (53%).

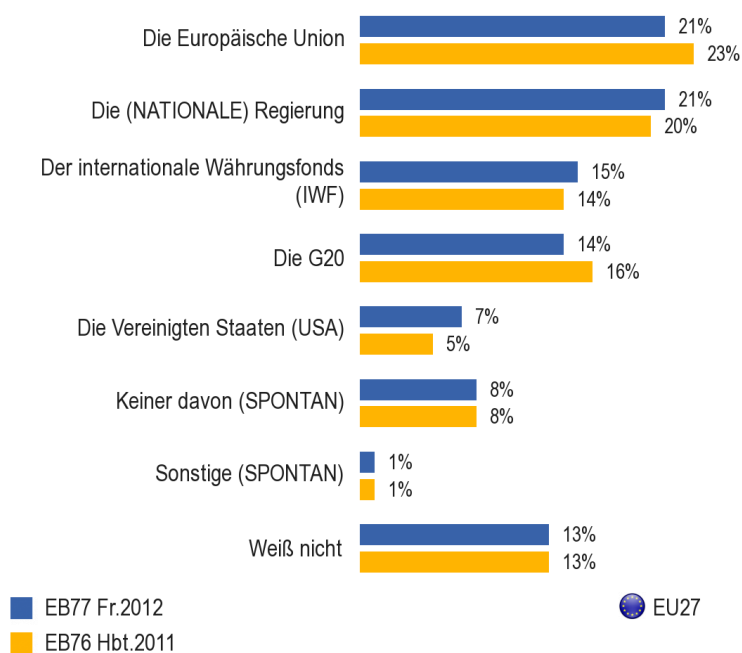
QC4a. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



5. AUF WELCHER EBENE KANN DIE KRISE AM WIRKSAMSTEN BEKÄMPFT WERDEN?

Obwohl die Europäische Union nach Ansicht der EU-Bürger am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen, ist der Anteil derjenigen, die dieser Meinung zustimmen, rückläufig (21%, -2 Prozentpunkte gegenüber Herbst 2011). Die EU und die nationalen Regierungen (+1) teilen sich derzeit gemeinsam den ersten Platz, während der IWF auf Platz drei rangiert (+1) und die G20 auf den vierten Platz zurückgefallen sind (14%, -2).

QC3a. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?



V. EUROPA 2020

1. DIE BEDEUTUNG, DIE DEN INITIATIVEN IM RAHMEN DER STRATEGIE EUROPA 2020 BEIGEMESSEN WIRD

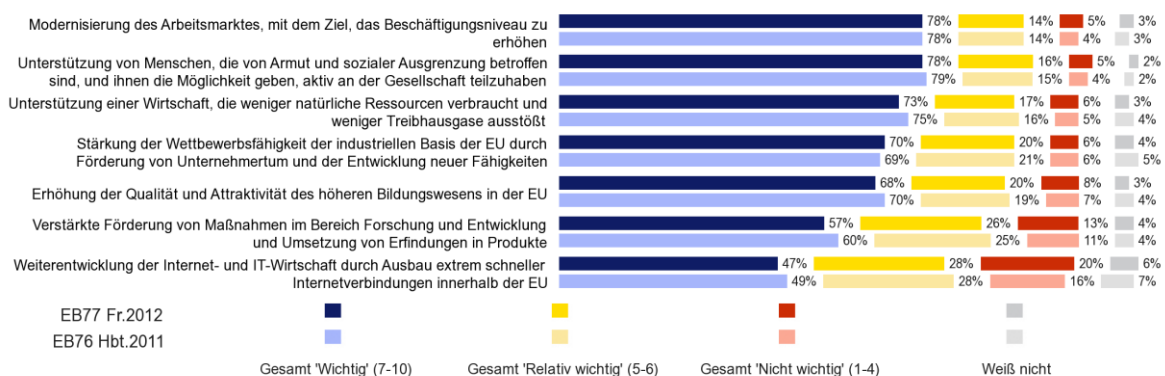
Die von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene Strategie Europa 2020 zur Vorbereitung der Wirtschaft der EU auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts genießt seit ihrer Einführung im März 2010 die Unterstützung der EU-Bürger.

Mehr als drei Viertel der EU-Bürger sind beispielsweise der Ansicht, dass es wichtig ist, „Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben“ (78%, -1 Prozentpunkt gegenüber Herbst 2011) und „den Arbeitsmarkt mit dem Ziel zu modernisieren, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen“ (78%, unverändert).

Etwa sieben von zehn EU-Bürgern sind darüber hinaus der Meinung, dass es wichtig ist, „eine Wirtschaft zu unterstützen, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt“ (73%, -2 Punkte), „die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten zu stärken“ (70%, +1) und dass es wichtig ist, „die Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU zu erhöhen“ (68%, -2). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit die einzige Initiative ist, bei der ein Zuwachs derjenigen zu verzeichnen ist, die eine solche Maßnahme befürworten. Dadurch wird diese Maßnahme derzeit etwas stärker befürwortet als eine Verbesserung des Bildungssystems.

Hinter der Verbesserung des Bildungssystems folgt die Initiative zur „verstärkten Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte“ (57%, -3 Prozentpunkte). Die letzte Initiative, „die Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch den Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU“, ist die einzige, die von weniger als der Hälfte der EU-Bürger als wichtig angesehen wird (47%, -2).

QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.



2. DIE ZIELE VON EUROPA 2020

Eine große Mehrheit der EU-Bürger hält acht der im Rahmen der Strategie Europa 2020 von der EU formulierten Ziele für angemessen. Fünf der acht Ziele werden von einer absoluten Mehrheit der Befragten als angemessen erachtet und die anderen drei Ziele werden von einer relativen Mehrheit als angemessen eingestuft.

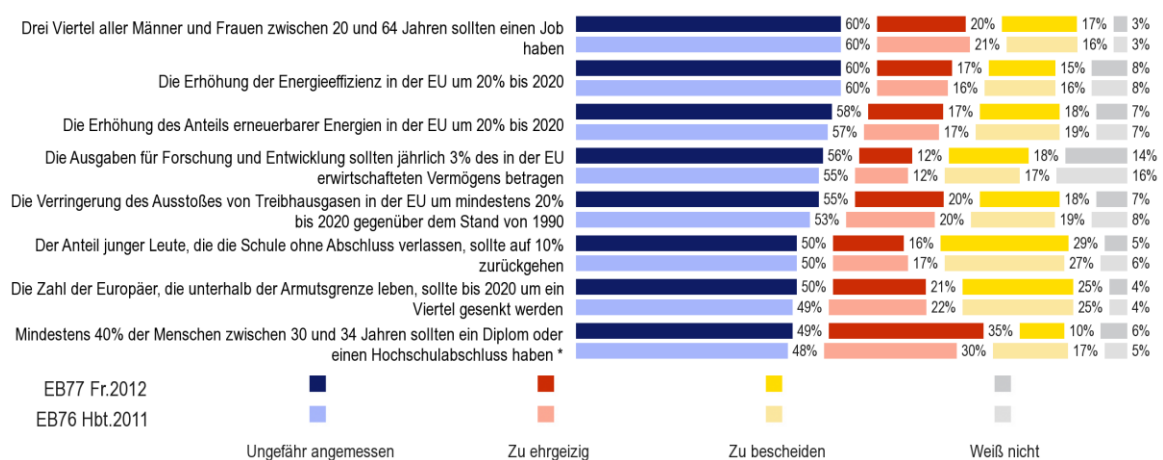
Drei von fünf Europäern sind der Meinung, dass es sich bei den Zielen – „drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben“ (60%, unverändert seit Herbst 2011) und „die Energieeffizienz in der EU sollte bis 2020 um 20% erhöht werden“ (60%, unverändert) – um realistische Ziele handelt.

Mindestens 55% der Befragten vertreten diese Einschätzung in Bezug auf die folgenden drei Ziele: „der Anteil erneuerbarer Energien in der EU sollte bis 2020 um 20% erhöht werden“ (58%, +1 Prozentpunkt), „die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen“ (56, +1) und „der Ausstoß von Treibhausgasen in der EU sollte bis 2020 um mindestens 20% gegenüber dem Stand von 1990 verringert werden“ (55%, +2).

Die Hälfte der EU-Bürger ist davon überzeugt, dass es sich bei den Zielen, „der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen“ (50%, unverändert) und „die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden“ (50%, +1), um realistische Ziele handelt.

Das Ziel, dass „mindestens 40% der Menschen zwischen 30 und 34 Jahren ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten“, hält weniger als die Hälfte der EU-Bürger für realistisch“ (49%, +1*), während 35% dies für ein zu ehrgeiziges Ziel halten.

QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.



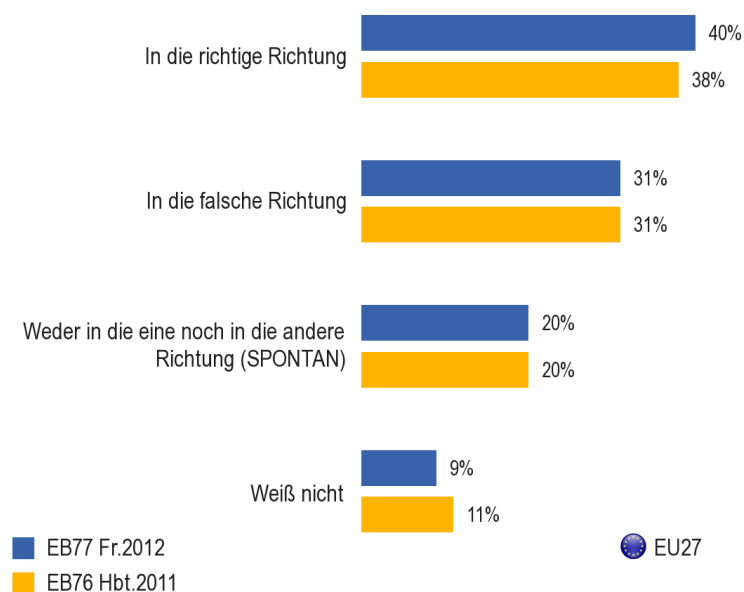
* In EB76 wurde für dieses Ziel eine etwas andere Formulierung verwendet:
„Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben“

3. GESAMTEINDRUCK

Die Bedeutung der Initiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020 wird nach wie vor von einer Mehrheit der EU-Bürger anerkannt, während die Glaubwürdigkeit der damit verbundenen Ziele konstant geblieben oder leicht gestiegen ist.

Darüber hinaus sind zwei von fünf Europäern der Meinung, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen (40%, +2 Prozentpunkte seit Herbst 2011). Umgekehrt ist weniger als ein Drittel der Befragten der Auffassung, dass sich die EU „in die falsche Richtung bewegt“ (31%, unverändert). Jeder fünfte Befragte hat spontan geantwortet, dass sich die EU „weder in die eine noch in die andere Richtung bewegt“ (20%, unverändert) und 9% (-2) konnten sich hierzu keine Meinung bilden.

QB3. Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?



FAZIT

Grundlage des vorliegenden Berichts sind die Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Fragen zur Wirtschaft und politischen Situation in Europa. Die Meinungen der Europäer bezüglich ihrer persönlichen Situation sowie der wirtschaftlichen Lage ihres Heimatlandes und in der Europäischen Union sind verhältnismäßig konstant geblieben.

Die Indikatoren des Standard-Eurobarometer weisen nach wie vor auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Europäischen Union hin, wobei zwischen den Ländern jedoch erhebliche Unterschiede bestehen. Allerdings ist eine relative Verbesserung der Erwartungshaltung der EU-Bürger zu verzeichnen, was die nächsten zwölf Monate betrifft. Dies spiegelt sich in der Tatsache wider, dass in fast allen EU-Mitgliedstaaten die Meinung, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht haben, häufiger vertreten wird, mitunter sogar deutlich häufiger, wenngleich weiterhin eine Mehrheit der Befragten der Ansicht ist, dass das Schlimmste noch bevorsteht.

Nachdem im Herbst 2011 ein großer Vertrauensverlust in die Europäische Union zu verzeichnen war, hat sich die Situation trotz einer weiteren marginalen Verschlechterung weitgehend stabilisiert. Die EU wird zusammen mit den nationalen Regierungen noch immer als der Akteur angesehen, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen. Ferner ist mehr als die Hälfte der EU-Bürger der Auffassung, dass die EU langfristig gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Trotz eines leichten Rückgangs sind die Europäer von der Bedeutung der Initiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020 überzeugt. Darüber hinaus schätzen sie die Ziele von Europa 2020 als realistisch ein. Insgesamt ist eine relative Mehrheit der Befragten der Meinung, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen.

STANDARD EUROBAROMETER 77

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 12. und dem 27. Mai 2012, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 77.3 durchgeführt.

Die Umfragewelle 77.3 ist die STANDARD EUROBAROMETER 77 und deckt die Gruppe der mindestens 15-jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die STANDARD EUROBAROMETER 77 wurde außerdem in den sechs Bewerberländern (Kroatien, Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.076	12/05/2012	25/05/2012	8.939.546
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.016	12/05/2012	21/05/2012	6.537.510
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.002	12/05/2012	24/05/2012	9.012.443
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.007	12/05/2012	27/05/2012	4.561.264
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.502	12/05/2012	27/05/2012	64.409.146
EE	Estland	Emor	1.000	12/05/2012	27/05/2012	945.733
IE	Irland	Ipsos MRBI	1.000	12/05/2012	25/05/2012	3.522.000
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.001	12/05/2012	25/05/2012	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.006	12/05/2012	27/05/2012	39.127.930
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.007	12/05/2012	27/05/2012	47.756.439
IT	Italien	TNS Infratest	1.036	12/05/2012	24/05/2012	51.862.391
CY	Zypern	Synovate	505	12/05/2012	27/05/2012	660.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.007	12/05/2012	27/05/2012	1.447.866
LT	Litauen	TNS LT	1.019	12/05/2012	27/05/2012	2.829.740
LU	Luxemburg	TNS ILReS	507	12/05/2012	27/05/2012	404.907
HU	Ungarn	TNS Hoffmann Kft	1.010	12/05/2012	27/05/2012	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	12/05/2012	26/05/2012	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.012	12/05/2012	27/05/2012	13.371.980
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	993	12/05/2012	27/05/2012	7.009.827
PL	Polen	TNS POLSKA	1.000	12/05/2012	27/05/2012	32.413.735
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.010	14/05/2012	27/05/2012	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.073	12/05/2012	22/05/2012	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.023	12/05/2012	27/05/2012	1.759.701
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.000	12/05/2012	27/05/2012	4.549.955
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.001	12/05/2012	27/05/2012	4.440.004
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.019	12/05/2012	27/05/2012	7.791.240
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.305	12/05/2012	27/05/2012	51.848.010
TOTAL EU27			26.637	12/05/2012	27/05/2012	408.879.069
CY(tcc)	Türkisch- zyprische Gem.	Kadem	500	12/05/2012	25/05/2012	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	12/05/2012	27/05/2012	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	14/05/2012	27/05/2012	54.844.406
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.056	12/05/2012	18/05/2012	1.678.404
IS	Island	Capacent	500	12/05/2012	27/05/2012	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	1.015	12/05/2012	21/05/2012	492.265
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.020	12/05/2012	17/05/2012	6.409.693
TOTAL			32.728	12/05/2012	27/05/2012	476.448.740